

«Jemand sollte klären, ob Berset die Wahrheit sagt»

Strafverfahren Das Gesundheitsdepartement von Alain Berset liess sich während der Pandemie vom Ringier-Verlag einspannen. Politiker fordern Aufklärung, einige sogar Bersets Rücktritt.



Hatten der Gesundheitsminister und der Ringier-Chef geheime Deals? Alain Berset und Marc Walder bei einer Veranstaltung im Jahr 2018. Foto: Peter Klaunzer (Keystone)



Alain Bersets ehemaliger Mitarbeiter Peter Lauener. Foto: Keystone

Adrian Schmid, Mischa Aebi und Denis von Burg

Alain Berset konnte in den vergangenen zwei Jahren in etlichen Affären elegant den Hals aus der Schlinge ziehen. Doch nun könnte es ungemütlich werden für den Gesundheitsminister. Nach den am Samstag publik gewordenen Details über die Zusammenarbeit mit dem Ringier-Verlag fordern Politiker nun Aufklärung. FDP-Vizepräsident Andrea Caroni sagt: «Jemand sollte klären, ob Bundesrat Berset die Wahrheit sagt.» SVP-Nationalrat Alfred Heer verlangt sogar Bersets Rücktritt.

Ein gestern in den Zeitungen von CH Media publizierter Bericht bestätigt, was viele bereits seit Monaten vermuten: Beim Strafverfahren wegen Amtsheimnisverletzung gegen Bersets ehemaligen Kommunikationschef Peter Lauener geht es um Indiskretionen im Zusammenhang mit dem Ringier-Verlag. Wie Auszüge aus E-Mails zeigen, hat Lauener während der Corona-Pandemie vertrauliche Informationen direkt an Ringier-Chef

Marc Walder weitergeleitet. «Sehr unter uns», schrieb Lauener zum Beispiel, «wir bringen am Freitag ein umfangreiches Testpaket in den Bundesrat, das hoffentlich als Gamechanger hilft. Details kann ich Ihnen zirka am Mittwochabend geben. Es wird geklotzt, nicht gekleckert.»

Im Zuge der Ermittlungen hat der zuständige Staatsanwalt Peter Marti auch Berset befragt. Der Gesundheitsminister war nicht als Beschuldigter, sondern als Auskunftsperson vorgeladen. Die Journalisten von CH Media zitieren in dem Artikel aus den Einvernahmeprotokollen.

Was wusste Berset?

Der Staatsanwalt ist im Besitz von Mails, die belegen, dass Peter Lauener den Ringier-Chef regelmässig Tage im Voraus über anstehende Entscheide des Bundesrats informiert hat. Der «Blick», der von Ringier herausgegeben wird, konnte dann mehrmals vorzeitig exklusiv über Corona-Massnahmen berichten – noch bevor der Bundesrat als Gremium darüber befand.

Die für Bersets Schicksal nun wohl entscheidende Frage ist: Hat er von dem regen Austausch zwischen Ringer und seinem Kommunikationschef gewusst? Hat Lauener gar im Auftrag von Berset gehandelt? Oder gab es sogar Deals zwischen Berset und dem Ringier-Verlag?

Staatsanwalt Marti fragte Berset in seiner Einvernahme mehrfach danach. Der Bundesrat antwortete gemäss den Protokollen, er wisse nicht, ob sein Kommunikationschef vertrauliche Informationen weitergegeben habe. Berset bestritt gegenüber dem Ermittler auch, dass es Deals zwischen Ringer und seinem Departement gegeben habe.

Diese Dementi sind der Grund, weshalb FDP-Ständerat Caroni nun wissen will, ob der Gesundheitsminister die Wahrheit gesagt hat. «Ich finde Bersets Darstellung nicht sehr plausibel», sagt Caroni. Für ihn sei es kaum vorstellbar, dass Berset gar nichts von den systematischen Aktionen seines Kommunikationschefs gewusst haben soll. «Und wenn Berset wirklich nichts mit-

bekommen hat, wäre das wiederum ein Führungsversagen», sagt Caroni. Er kann sich vorstellen, dass nun die Staatsanwaltschaft im Rahmen der laufenden Ermittlungen im Fall Lauener prüft, inwiefern Berset involviert war.

Deutlich weiter geht SVP-Nationalrat Alfred Heer: «Es ist schlimm, wozu sich Bersets Mitarbeiter und der «Blick» haben hinreissen lassen. Das hat nichts mit seriöser politischer Arbeit und unabhängigem Journalismus zu tun», sagt Heer. Für den Zürcher ist bereits jetzt klar: «Bundesrat Berset muss zurücktreten.» Das Vertrauen in ihn sei unter den Nullpunkt gefallen. Egal, ob die Corona-Massnahmen nun gut waren oder nicht, so dürfe man nicht regieren.

Walders ominöses Video

Politisch brisant ist die Affäre, weil viele vermuten, dass man in Bersets Innendepartement durch die Indiskretionen bewusst die Entscheide des Gesamtbundesrats beeinflussen wollte. Lauener könnte die Informationen an Ringier weitergeleitet haben in

der Absicht, dass der «Blick» dann als Dank über Bersets Vorschläge wohlwollend berichtet, sodass die Regierung unter Druck kam, Bersets Vorschläge abzusegnen.

Indizien für eine solche Koordination gab es bereits während der Pandemie. Damals tauchte ein Video auf, in dem der Ringier-Chef Kaderleute des Verlags darauf einschwor, dass man Bersets Corona-Pläne unterstützen müsse, damit die Pandemie-massnahmen in der Bevölkerung auf weniger Widerstand stossen.

Verfahren blockiert

Trotz der vielen offenen Fragen ist es gut möglich, dass die Affäre nie oder erst nach Jahren ausgeleuchtet werden kann. Denn der eingesetzte Staatsanwalt steht selber am Pranger. Bersets Kommunikationschef hat ihn wegen Amtsmissbrauchs angezeigt. Lauener macht offenbar geltend, dass Marti gegen ihn gar nicht ermitteln dürfte. Deshalb wurde nun gegen den Staatsanwalt selber ein Verfahren eröffnet.

Zurzeit ist deshalb das Strafverfahren gegen Bersets Kommunikationschef blockiert. Ob und wann Staatsanwalt Marti weiter gegen ihn ermitteln kann, hängt vom Zwangsmassnahmengericht Bern ab. Dieses muss entscheiden, ob Marti den Mailverkehr zwischen Lauener und dem Ringier-Chef Walder verwenden darf.

Gemäss Rechtsexperten ist es gut möglich, dass das Zwangsmassnahmengericht zum Schluss kommt, dass Staatsanwalt Marti sich den Mailverkehr unrechtmässig beschafft hat und er deswegen gar nie ein Verfahren hätte einleiten dürfen.

In dem Fall würde als letzte Option eine politische Aufarbeitung bleiben. «Sobald das Untersuchungsergebnis vorliegt, wird die Geschäftsprüfungskommission prüfen müssen, ob und welcher Massnahmen es bedarf», sagt Mitte-Fraktionschef Philipp Matthias Bregy. SVP-Fraktionschef Thomas Aeschi findet, man müsse gar die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) prüfen.

Kein Bundesrat fährt ein reines Elektroauto

Mercedes statt Tesla Die Regierung lässt sich in Limousinen mit Verbrennungsmotoren herumchauffieren.

Bundesräte fahren Mercedes: Nach Karin Keller-Sutter, Viola Amherd und Guy Parmelin sind nun auch die Neuen, Albert Rösti und Elisabeth Baume-Schneider, in einer Mercedes-Limousine unterwegs – Modell S 350 4Matic. Dazu kommt Alain Berset, dessen Chauffeur einen Mercedes V250 4M steuert.

Damit gibt es keinen Bundesrat mehr, der ein reines Elektrofahrzeug hat. Bis vor kurzem war das anders. Doris Leuthard beschaffte als erstes Regierungsmitglied einen Tesla. Nach ihrem Rücktritt übernahm Simonetta

Sommaruga das Auto. Im letzten Jahr ersetzte die Umweltministerin dieses durch einen VW ID.3 Pro Elektro.

Der neue Umweltminister Albert Rösti hat kurz nach der Wahl in einem Interview zwar auch verlauten lassen, dass ein Elektroauto als Bundesratslimousine durchaus drinliege. Den Elektro-VW von Sommaruga hat er aber nicht übernommen. Dieser wird jetzt anderweitig in der Bundesverwaltung eingesetzt.

Die Mercedes-Limousinen der Bundesrätinnen und Bundesräte gelten als Dreckschleudern. Sie

sind in einer der untersten Energiekategorien eingeteilt. Einzig das Auto von Ignazio Cassis sticht heraus. Der Aussenminister ist zuweilen sogar elektrisch unterwegs, aber nicht immer. Seine BMW-Limousine vom Typ 745Le xDrive ist ein Plug-in-Hybrid.

Bewilligung für Benziner

Dass jetzt kein Mitglied der Regierung ein reines Elektroauto fährt, ist bemerkenswert. Mittlerweile hat die Elektromobilität beim Bund einen hohen Stellenwert. Der Bundesrat beschloss 2019 ein Klimapaket für die Ver-

waltung und setzte dabei das Ziel, bis 2030 klimaneutral zu werden. Daraufhin erliess Verteidigungsministerin Viola Amherd eine Weisung, dass ab 2021 «bei einer Neuanschaffung grundsätzlich rein elektrisch betriebene Personewagen bestellt werden».

In Amherds Department befindet sich das Bundesamt für Rüstung (Armasuisse), das die zentrale Beschaffungsstelle für Autos aller Verwaltungseinheiten ist. Der Bund verfügt über rund 1500 zivil immatrikulierte Fahrzeuge – inklusive Bundesratslimousinen.

Nun zeigen sich aber Schwierigkeiten bei der Umsetzung der Weisung. Fast die Hälfte der gekauften Autos hat immer noch einen Verbrennungsmotor. In den letzten zwei Jahren beschaffte Armasuisse nach eigenen Angaben 119 zivil immatrikulierte Fahrzeuge für die Bundesverwaltung. 69 davon hatten einen reinen Elektroantrieb, 50 nicht.

Trotzdem schreibt Armasuisse: Die Weisung «wird umgesetzt». Diese habe zu einer Zunahme der Beschaffungen von rein elektrisch betriebenen Autos geführt. Der Bund brauche aber auch Fahrzeu-

ge mit spezifischen Anforderungen, wofür es auf dem Markt noch keine Elektrovariante gebe. Etwa Fahrzeuge mit Geländegängigkeit, hoher Nutz- und Anhängelast sowie Einsatzfahrzeuge.

Gemäss Amherds Weisung ist die Beschaffung von Autos, die mit fossilen Treibstoffen betrieben werden, in begründeten Fällen noch möglich. Die Angestellten des Bundes müssen dafür aber eine Bewilligung beim Generalsekretariat des jeweiligen Departements einholen.

Adrian Schmid